

Das Verhältnis von Bundesfreiwilligendienst (BFD) und Arbeitslosengeld – II (ALG II) (aus: BWKG-Mitteilung für Pflegeeinrichtungen 172/2011 vom 4.11.2011, mit freundlicher Genehmigung der baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft e.V.)

Der BFD hat zum 1. Juli 2011 den Zivildienst abgelöst. Der BFD gleicht in vielerlei Hinsicht den früheren Zivildienst aber auch den Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Ein Alleinstellungsmerkmal des BFD ist jedoch, dass es für die Dienstleistenden keine Altersbeschränkung gibt – das FSJ steht nur jungen Menschen bis 27 offen.

Bei den BFD – Einsatzstellen zeichnet sich ab, dass sich zunehmend mehr Personen für den BFD interessieren, die ALG – II beziehen. Der Bezug dieser Transferleistung ist prinzipiell kein Hindernis dafür, einen Freiwilligendienst zu absolvieren. Denn die freiwillige Tätigkeit kann den Einstieg oder Wiedereinstieg in das Arbeitsleben ermöglichen oder eine neue berufliche Perspektive eröffnen. Häufig stellen sich jedoch verschiedene Fragen wie die Leistungen der BFD auf die ALG – II – Leistungen angerechnet werden. Darauf soll im Nachfolgenden kurz und allgemeingültig eingegangen werden.

Taschengeld

Wegen der Vergleichbarkeit mit dem Jugendfreiwilligendienst ist in Artikel 12 des BFDG eine Änderung der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld – Verordnung (ALG II-V) geregelt, nach der die bislang für den Jugendfreiwilligendienst geltende Regelung auf den Bundesfreiwilligendienst ausgeweitet wird. Anrechnungsfrei sind demnach vom Taschengeld 60 monatlich. Hinzu kommen (bei volljährigen Freiwilligen) 30 Euro Versicherungspauschale (§ 11b Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 SGB II i.V. m. § 6 Absatz 1 Nummer 1 ALG II – V), so dass insgesamt mindestens 90 Euro anrechnungsfrei bleiben. Wer in staatlich geförderte Altersvorsorge in Form der „Riester-Rente“ einzahlt, kann die Beiträge bis zu Höhe der Mindesteigenbeitrages absetzen. Dieser liegt seit dem Jahr 2008 bei vier Prozent des Jahreseinkommens, mindestens jedoch fünf Euro pro Monat.

Fahrtkosten

Werden die Fahrtkosten nicht erstattet, sind sie zusätzlich vom anzurechnenden Taschengeld abzusetzen. Stellt die Einsatzstelle aber die Fahrkarte als Sachleistung und zahlt dafür ein geringeres Taschengeld, dann wird der Wert der Sachleistung zum Einkommen des ALG-II – Empfängers hinzuaddiert. In diesem Fall können die Kosten nicht abgesetzt werden, d.h. Der Anrechnungsbetrag fällt höher aus. Für die ALG-II-Leistungsberechtigten ist es somit günstiger, anstatt der Sachleistung Fahrkarte ein entsprechend höheres Taschengeld zu erhalten.

Arbeitskleidung

Wird unentgeltliche Arbeitskleidung bereitgestellt, ist davon auszugehen, dass diese für den Einsatz benötigt wird. Eine Anrechnung erfolgt nicht. Wird statt der Sachleistung eine Geldersatzleistung gezahlt, können die Ausgaben für Arbeitskleidung als Werbungskosten vom Einkommen abgesetzt werden und mindern den Anrechnungsbetrag.

Unterkunft

Wird unentgeltliche Unterkunft bereitgestellt, hat dies zur Folge, dass bei der Berechnung des ALG- II kein Bedarf für Unterkunft und Heizung anerkannt wird, weil der

oder dem Freiwilligen keine Aufwendungen entstehen. Wird stattdessen eine Geldersatzleistung gezahlt, ist diese als Einkommen zu berücksichtigen (dann wird aber der Bedarf für die Unterkunft anerkannt).

Bisher ungeklärt ist, ob die Kosten auch dann übernommen werden, wenn neben der bisherigen Wohnung eine weitere Unterkunft genutzt wird. Die Fortzahlung der Kosten für Unterkunft und Heizung wird davon abhängen, ob der bisherigen Lebensmittelpunkt erhalten bleibt und die bisherige Wohnung noch regelmäßig aufgesucht wird, z.B. am Wochenende oder dienstfreien Tagen.

Verpflegung

Wird unentgeltliche Voll- Verpflegung bereitgestellt, ist diese mit täglich einem Prozent des nach § 20 SGB II maßgebenden monatlichen Regelbedarfs als Einkommen anzusetzen. Wird nur Teil- Verpflegung gestellt, entfällt auf das Frühstück ein Anteil von 20% dieses Betrags, auf das Mittagessen und Abendessen je 40%. Maßgeblich hierbei ist nur, dass die Einsatzstelle die Verpflegung bereitstellt. Unerheblich ist, ob der/die Freiwillige sie auch tatsächlich in Anspruch nimmt. Wird stattdessen eine Geldersatzleistung gezahlt, ist diese als Einkommen zu berücksichtigen.

Unter bestimmten Umständen stellt sich die Frage, was passiert, wenn sich während des Dienstes ein konkretes Angebot für ein Arbeitsverhältnis ergibt (z.B. auch bei der Einsatzstelle). Sollte eine Bewerbung des/der Freiwilligen erfolgreich sein, so besteht die Möglichkeit den BFD vorzeitig zu beenden. Da der BFD freiwillig ist, werden bei der Frage eines Kündigungsgrundes keine hohen Anforderungen gestellt. Wer die Möglichkeit erhält, den SGB – II Leistungsbezug zu beenden, dürfte regelmäßig einen wichtigen Grund haben, der zum Kündigung der BFD berechtigt.